

Die Außen- und Sicherheitspolitik des Rassemblement National

Rückkehr zur nationalen strategischen Autonomie

Elias Ricken, Forschungsassistent, Europa-Zentrum, deutsch-französische Beziehungen

Im April 2027 finden in Frankreich die Präsidentschaftswahlen statt. Die anhaltende Unzufriedenheit mit Emmanuel Macron im Land eröffnet der Rechtsaußen-Partei Rassemblement National (RN) eine realistische Chance, das nächste Staatsoberhaupt zu stellen. Für die Bundesregierung ist es deshalb entscheidend, früh zu verstehen, welche außen- und sicherheitspolitischen Grundannahmen die Partei prägen und welche Konflikte oder Anknüpfungspunkte sich daraus ergeben könnten.

Der rechtsnationale Rassemblement National (RN) ist in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik keine uniforme Partei. Rund um Parteichef Jordan Bardella und Marine Le Pen als faktische Doppelspitze existieren mehrere Lager, die unterschiedliche Ansichten vertreten. Aussagen einzelner Repräsentanten sollten daher stets im Kontext ihrer parteiinternen Position gelesen werden. Gleichwohl lassen sich wiederkehrende Linien erkennen.

Gerade in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen hat der RN sich in den letzten Jahren gewandelt und entfernt sich – zumindest dem Anschein nach – zunehmend von der russlandfreundlichen Politik Marine Le Pens, hin zu national-konservativen Ambitionen, wie sie zum Beispiel Giorgia Meloni in Italien vertritt. Dieser Wechsel kommt vor allem aus den Kreisen um Bardella und bezieht sich auf die Idee des „Europa der Nationen“ („Europe des nations/

patries“). Dieses von Charles de Gaulle, dem Gründervater der Fünften Republik, entworfene Konzept beschreibt ein starkes Europa, in dem die europäischen Staaten zwar eng kooperieren, gleichzeitig aber ihre nationalstaatliche Souveränität wahren und außenpolitisch nach ihren eigenen Interessen handeln. Dem RN gibt dieser Rückbezug die Möglichkeit, sich in der vermeintlichen Tradition anerkannter, national-konservativer außenpolitischer Konzepte zu bewegen, die in der Regel nicht als Rechtsaußen wahrgenommen werden. Eine solche Bewahrung der eigenen Souveränität durch strategische Entscheidungen auf nationaler Ebene bestimmt die Außenpolitik des RN und steht für seine Vertreter in direktem Gegensatz zu Macrons proeuropäischem Politikstil.

Durch die enge Verzahnung beider Länder und die Führungsrolle, die Deutschland und Frankreich in der EU einnehmen, hätte ein möglicher

Wahlsieg des RN weitreichende Auswirkungen für die Bundesrepublik. Folglich ist es notwendig, die Argumentationslogik des RN zu kennen, um, im Fall von dessen Wahlsieg, Perspektiven für die bilaterale Zusammenarbeit und die EU-Kooperation zwischen beiden Staaten zu identifizieren.

DIE NATION ZUERST: ZUSAMMENARBEIT NACH KERNINTERESSEN

Im Grundverständnis französischer Außenpolitik spielen die Kerninteressen der eigenen Nation („[intérêts fondamentaux de la nation](#)“) eine zentrale Rolle. Diese sind im Strafgesetzbuch („Code pénal“) verankert und beinhalten die Unabhängigkeit des Staatsgebiets, den Schutz staatlicher Institutionen, die Autonomie in Sicherheits- und Verteidigungsfragen sowie den Erhalt des sogenannten „Patrimoine“, sprich des

nationalen Kulturerbes. Während diese Interessen auch in Macrons letzter Sicherheitsstrategie, der „[Revue Nationale Stratégique 2025](#)“, genannt wurden, legitimiert sich gerade der außenpolitische Kurs des RN stark über den Erhalt dieser Kerninteressen.

Hiernach bildet sich auch das europapolitische Verständnis des RN: Vertreter der Partei übernehmen den Wortlaut von Macrons Konzept der „europäischen strategischen Autonomie“. Allerdings wird der Begriff in der Anwendung stark französisch-national umgedeutet: Im Gegensatz zu Macrons Europa-initiative aus der [Sorbonne-Rede von 2017](#) geht es weniger um eine kollektive Verantwortungsübernahme der europäischen Staaten in einer westlichen Sicherheitsordnung als um eine starke Verankerung und Vertretung von französischen Interessen in europäischen Staaten. Im [Kommuniqué](#) des RN zur vielerwarteten Rede von Präsident Macron zur nuklearen Abschreckung am 02. März 2026 wird dies besonders deutlich: Das Schreiben weist jede europäische Mitverantwortung für die französische Abschreckung zurück und unterstreicht damit das strikt nationale Verständnis strategischer Autonomie. Somit gibt es aus der Sicht des RN einen klaren Unterschied zwischen französischem und europäischem Interesse, das sich an den folgenden zwei konkreten Beispielen erläutern lässt:

Ein erstes Beispiel für diese Ambiguität bietet die Ukraine-Politik des RN. In seiner Neujahrsansprache 2026 trat Bardella gemäßigt auf und erklärte, er werde das Land militärisch weiter unterstützen und „nicht zulassen, dass Russland ein Partnerland wie die Ukraine schluckt“, das Prinzip der staatlichen Souveränität sei ein Grundpfeiler der europäischen Idee. Gleichzeitig betonte er, dass die Priorität seiner Politik sei, eine Eskalation mit Russland zu vermeiden, sein Kompass zur Entscheidungsfindung sei das Interesse Frankreichs und der Franzosen. Welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen bei einer

Wahl des RN beibehalten werden sollten und welchem politischen Gegenstand sie standhalten sollten, bleibt somit offen, zumal RN-Abgeordnete in der Vergangenheit sowohl im Europäischen Parlament als auch in der Nationalversammlung mehrmals gegen Sanktionspakete gegen Russland und Waffenlieferungen an die Ukraine gestimmt haben.

Ebenfalls lässt sich diese Sicht in der Haltung zu internationalen Organisationen beobachten: In erneuter Anlehnung an die Verteidigungspolitik de Gaulles hat sich Bardella mehrfach dafür ausgesprochen, Frankreich wieder aus der militärischen Kommandostruktur der NATO herauszulösen, sobald der Krieg in der Ukraine beendet sei. De Gaulle hatte die französischen Streitkräfte 1966 aus der NATO-Struktur abgezogen, erst unter Sarkozy wurde dieser Schritt im Jahr 2009 rückgängig gemacht. Da die NATO weiterhin der Grundpfeiler für die Verteidigungsfähigkeit Europas ist, käme dies einer deutlichen Schwächung der europäischen Sicherheit gleich. Dennoch hält der Parteichef an dieser Position fest, was die Abweichung von europäischem und französischem Interesse klar aufzeigt. Gleichzeitig betonen Vertreter des RN die nationale Wichtigkeit des französischen Sitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Während Frankreich unter Macron seinen Sitz nutzte, um ebenfalls europäische Interessen im Sicherheitsrat zu vertreten, beispielsweise für wiederholte Verhandlungspositionen im E3-Format zum Erhalt des Atomabkommens mit Iran, wäre dies mit einer RN-Regierung eher unwahrscheinlich. Dies würde zweifellos einen Nachteil für die europäische Außenpolitik bedeuten.

Somit scheinen sich im Hinblick auf die aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Verschiebungen Schnittpunkte mit der „America-First“-Politik der Trump-Regierung zu ergeben. Dennoch laufen die außenpolitischen Bestrebungen des RN und der MAGA-Bewegung oft konträr zueinander,

gerade wenn es um den sicherheitspolitischen Einfluss der USA in Europa geht: So kritisierte Bardella Trump deutlich für dessen Drohungen gegenüber Grönland und der Infragestellung der staatlichen Souveränität Dänemarks. Auch erstrecken sich die französischen Nationalinteressen bis in die Überseegebiete im Indopazifik, deren Wichtigkeit der RN nicht müde wird zu betonen. Die USA setzen in der Region auf eine offensive Außenpolitik, um ihre dortige Vormachtstellung zu wahren (siehe AUKUS-Skandal im Herbst 2021). Diese Verschiedenheiten könnten zukünftig insbesondere im Indopazifik zu weiteren Reibungen führen.

Somit kombiniert der RN eine ausgeprägte nationale Souveränitätspolitik mit einer betonten Vorsicht gegenüber übermäßiger Anlehnung an die USA. Ob zukünftige EU-/NATO-Prozesse vom RN in einer Regierungsrolle blockiert oder unterstützt würden, hinge somit maßgeblich davon ab, ob und wie aus Sicht des RN französische Kerninteressen berührt wären.

FOLGEN FÜR DIE BUNDESREPUBLIK UND DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT

Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist auf Seiten des RN vor allem durch einen skeptischen Blick auf institutionelle Partnerschaften wie dem Aachener Vertrag gekennzeichnet. Dieser legt auch eine vertiefte Kooperation in der Verteidigungspolitik fest. Marine Le Pen hatte bereits zur Vertragsunterzeichnung im Januar 2019 erklärt, dass der Vertrag Frankreich auf der internationalen Bühne schwäche. Dieses strukturelle Misstrauen ist auch bei Parteichef Bardella vorhanden, der nach eigener Aussage Deutschland aus geographischen Gründen zwar als Partnerland sieht, gleichzeitig aber eine „[ausgeglichene](#)“ deutsch-französische Partnerschaft fordert.

Ebenso verfolgt die Partei eine ablehnende Haltung gegenüber gemeinsamen Rüstungsprojekten und Beschaffungsvorhaben mit und aus Deutschland. So gibt es eine grundsätzlich kritische Haltung gegenüber den milliardenschweren Großprojekten wie Future Combat Air System (FCAS), Main Ground Combat System (MGCS) oder European Long Range Strike Approach (ELSA). Hinter diesem Misstrauen steht auch hier die Befürchtung, Frankreich würde politische Souveränität einbüßen und seine verteidigungsindustrielle Führungsrolle verlieren. Mit dieser Argumentation plädierte Le Pen im Wahlkampf 2022 für einen sofortigen Stopp dieser Rüstungsvorhaben. Auch Jordan Bardella übte zuletzt im Januar 2026 Kritik an der seit 2017 angelaufenen Beschaffung des deutschen Sturmgewehrs HK416, das das bisherige französische FAMAS ablöst. Tatsächlich hat die Abkehr von der französischen Traditions-Produktionsstätte in Saint-Étienne zugunsten von Heckler & Koch eine innerfranzösische Debatte zum Thema nationale Souveränität ausgelöst, die bis heute anekdotenhaft weitergeführt wird. Sollte der RN die kommenden Wahlen gewinnen, ist davon auszugehen, dass diese Kooperationen beendet werden oder zumindest offensivere Druckmittel zur Sicherung von französischen Vorteilen eingesetzt werden.

HANDLUNGS-EMPFEHLUNGEN

Eine stabile deutsche-französische Zusammenarbeit liegt im deutschen Interesse – nicht nur aus einer inner-europäischen Logik heraus, sondern weil die konfliktreiche Weltlage kaum andere Optionen zulässt. Beide Länder werden auch in Zukunft sowohl wirtschaftlich als auch außenpolitisch zu den großen Entscheidungsträgern in der EU gehören. Eine koordinierte Zusammenarbeit wird auch in Zukunft unabdingbar sein.

Hieraus ergeben sich für Deutschland folgende Empfehlungen:

- Die Bundesregierung sollte bereits jetzt das Szenario eines möglichen RN-Wahlsiegs in Erwägung ziehen. Es wäre fatal, ähnlich wie bei den US-Präsidentschaftswahlen 2016 und 2024, vom Ausgang des Wahlergebnisses überrascht zu werden und erst nach erfolgter Regierungsbildung Kontakte in Paris aufbauen zu müssen.
- Um nach einem möglichen Wahlsieg des RN die französische Außenpolitik einschätzen zu können, wäre es für die deutsche Bundesregierung von fundamentalem Interesse, sich mit den französischen Kerninteressen vertraut zu machen, ohne die sich neue Schwerpunktsetzungen und Entscheidungsfindungen nur schwer erklären und Kooperationen koordinieren lassen werden. Darüber hinaus werden andere Partnerländer es als Deutschlands Aufgabe ansehen, bei gemeinsamen politischen Vorhaben, wie beispielsweise der Unterstützung der Ukraine, der europäischen Finanzpolitik, im Binnenmarkt oder im Agrarbereich Absprachen mit Frankreich zu treffen.
- Zuletzt sollten in der aktuellen Präsidentschaft bestehende Chancen politisch genutzt werden. So ist der Kurs von Präsident Macron zur nuklearen Abschreckung verhältnismäßig offen. Erst kürzlich wurde Deutschland eingeladen, sich mit der französischen Abschreckungsdoktrin vertraut zu machen. Nicht zuletzt macht das RN-Kommuniqué zur Nuklearrede von Präsident Macron am 2. März 2026 deutlich, dass die Partei jede Form einer europäischen Ausweitung oder institutionellen Teilung der französischen Abschreckung ablehnt. Der RN betont, die nukleare Abschreckung dürfe weder geteilt noch

durch Ko-Finanzierung oder europäische Mechanismen eingeschränkt werden. Bei einem möglichen RN-Wahlsieg ist davon auszugehen, dass diese Einladung zurückgezogen wird. Daher ist die [gemeinsame Presseerklärung von Kanzler Merz und Präsident Macron](#), die direkt nach dessen Grundsatzrede zur Nukleardoktrin veröffentlicht wurde, ein erster Schritt, den es sich lohnt mit konkreten Handlungen abzusichern. Möglicherweise ist jetzt das letzte Zeitfenster für die Bundesregierung, diesbezüglich auf Frankreich zuzugehen.

FAZIT

Ein möglicher RN-Sieg 2027 würde nicht automatisch einen Bruch mit Deutschland und der Europäischen Union nach sich ziehen, aber sehr wahrscheinlich eine Verschiebung zu einem stärker souveränitätsbetonten Kurs einleiten. Für Deutschland ist es deshalb von fundamentalem Interesse, sich mit den französischen Kerninteressen im Allgemeinen und der Argumentationslogik des RN im Besonderen auseinanderzusetzen. Nur so lassen sich europäische Prozesse antizipieren, Konflikte eindämmen und Kooperationen dort eingehen, wo gemeinsame Interessen liegen.



Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel. +49 30 254231-0
info@dgap.org
www.dgap.org
X @dgapev

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) forscht und berät zu aktuellen Themen der deutschen und europäischen Außenpolitik. Dieser Text spiegelt die Meinung der Autorinnen und Autoren wider, nicht die der DGAP.

Die DGAP ist gefördert vom Auswärtigen Amt aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.

ISSN 2749-5542

Redaktion Jana Idris

Layout Luise Rombach



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.